

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
 Nr. 3 + 33. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4** Berlin, 16. Januar 1932

### Um die Wiederbelebung der Bauwirtschaft

In der Tragik des derzeitigen wirtschaftlichen Stillstandes ist die Bauwirtschaft in eine ganz besonders schwierige Stellung gedrängt worden. Wir wollen uns nicht vermaßen, die Lage der Bauwirtschaft schlechthin mit den großen Schwierigkeiten unseres Vaterlandes auf außenpolitischen Gebieten zu vergleichen. Immerhin darf bei Vergleich der innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Recht behauptet werden, daß das Baugewerbe in der Reihe der im Gang befindlichen Berufe seit über einem Jahre an der letzten Stelle rangiert. Wenn unser Vaterland im Rahmen der Weltvölker bei allgemeiner Armut das ärmste ist, so ist im innerwirtschaftlichen Rahmen unter den durch die Krisenauswirkungen heimgeführten Berufsgruppen das Baugewerbe eine der am tiefsten darniederliegenden. Diese Erkenntnis ist leider längst nicht in dem Umfange in das Allgemeinempfinden des deutschen Volkes übergegangen, wie es wünschenswert wäre. Wenn bedauerliche Stilllegungen großer Industriebetriebe im Bergbau, der Metall-, Textil- oder chemischen Industrie vorkommen, dann berichtet darüber die Tagespresse. Wenn im Baugewerbe durch Bautenfertigstellung stillstehende Unternehmer und Arbeiter aus dem Straßenbild verschwinden, wenn in blumigen Reden und Zeitungsberichten über die Fertigstellung größerer Bauobjekte berichtet wird, dann denkt niemand an die, für die diese Fertigstellungen Arbeitslosigkeit bedeuten. Das Hasten und Streben um die eigene Existenz, eine gewisse, aus Not und Schicksalsschlägen gewachsene Gleichgültigkeit lassen eine solche Nichtachtung des beinahe größten aller Wirtschaftsberufe in etwa erklärlich erscheinen. Weil die Bauwirtschaft immer noch überwiegend Klein- und Mittelwirtschaft ist, hat sich in das Bewußtsein der Allgemeinheit die wichtige Tatsache, daß in normalen Verhältnissen ein Viertel aller Arbeitstätigen durch die Bauwirtschaft ernährt wurde, noch nicht festgesetzt.

Für unsere Berufsangehörigen und auch für die Arbeitgeber des Baugewerbes bedeutet die Frageform der Ueberschrift Existenz, wirtschaftliches Leben oder Vegetieren.

Im einzelnen die Schuldenfragen zu erörtern, die zu der nun beinahe vollständigen Abdrosselung der Bauwirtschaft geführt haben, kann diesmal unterbleiben. Neben den kleineren Ursachen war in der Hauptsache die Umstellung der Reichsregierung in ihrer Ansicht zum Wohnungsbedarf und in der anderweitigen Verwendung (Verzettelung) der Hauszinssteuermittel die Hauptursache der Erstörung des Bauwillens. Von einer durch Jahre nach sozialen Gesichtspunkten und der Volksvermehrung zustrebenden Wohnungsbaupolitik ist man zum Kleinwohnungs- und schließlich zum resignierten Aufgeben des öffentlichen Wohnungsbauwillens hinübergewechselt. Die Schäden überhöhter Zinsen, ein nicht systematisch und auf lange Sicht gepflegter Hypothekenmarkt und schließlich auch die innerwirtschaftlichen Auswirkungen der außenpolitischen Lasten sollen nicht unterschätzt werden. Trotzdem kann nicht unterdrückt werden, auszusprechen, daß an dem Totschlag der Bauwirtschaft (nicht juristisch, sondern wirtschaftlich zu werten), die Aenderung der Reichswohnungsbaupolitik mit beteiligt ist. In dem Gremium derer, die der Bauwirtschaft, zum letztendlichen Schaden der Gesamtwirtschaft, das schmerzstillende Halsband umgelegt haben, befinden sich auch die Kommunalverwaltungen. Diese haben schon 1929 zur Deckung ihres vermeintlichen Eigenbedarfs dem Baugewerbe die Sparkassenkredite absperrig gemacht und im vorzuziehenden und vorigen Jahre bei kommunalen Finanzschwierigkeiten vorgesehene Bauobjekte niedergeschlagen und begonnene stillgelegt. Gewiß sind die Wohlfahrtskosten durch den Niedergang der Wirtschaft erheblich gestiegen. Wäre man aber rechtzeitig mit arderer Energie an die Umorganisation der überlasteten kommunalen Verwaltungen herangegangen, wären die jetzt durch die Not regulierten Gehaltsätze in den Kommunalverwaltungen rechtzeitig auf

das zeitbedingte Maß herabgesetzt worden, dann wäre wenigstens ein großer Teil an Aufträgen für die Bauwirtschaft zu verwirklichen gewesen. — Bei einem späteren Studium der Abdrosselung der Bauwirtschaft wird aber auch der Ministerialbürokratie in den zuständigen Ressorts des Reiches und teilweise der Länder gedacht werden müssen. Raum-mangelhalber beschränken wir uns auf die eine Feststellung, daß die mit einem sozialen Gesichtspunkt ausgestatteten miet- und zinsrechtlichen Bestimmungen der 4. Notverordnung zu einem weiteren Abtrieb des wenigen Kapitals von der Bauwirtschaft führen. Sind diese Wirkungen bedacht? Wenn nicht, dann kann man mildernde Umstände warten lassen. Sind sie gewollt, dann passen sie allerdings in den Rahmen der Politik der letzten 1½ Jahre. Umsichtige, alle Wirkungen abschätzende Behörden hätten notwendigerweise in Ergänzung der miet- und zinsrechtlichen Bestimmungen Vorkehrungen für eine Stabilisierung des Hypothekenmarktes treffen und nach Zerstückelung der Hauszinssteuer für Bauzwecke sich auch Gedanken über eine unumgänglich notwendige Stelle zur Beschaffung zweistelliger Hypotheken machen müssen. Arbeitsbeschaffung — das sei an die Adresse unserer Kollegen gesagt — ist heute stärkstens eine Frage der Geldbeschaffung. Durch ein Jahrzehnt öffentliche Beeinflussung der Bauwirtschaft ergeben sich selbst für Behörden moralische Verpflichtungen, einen etwa notwendig werdenden Umbau ihrer Politik in organischerer Weise vorzunehmen, wie es bei dem Scheitern der Bauwirtschaft gemacht worden ist. Die Großschichtigkeit der Umstellung der öffentlichen Wohnungsbaupolitik kann nicht leicht durch eine andere Maßnahme der Nachkriegszeit übertroffen werden.

Für unsere herben Bemerkungen sprechen die doch uns am besten bekannten Verhältnisse der Bauwirtschaft. Wir wollen nicht zu sehr mit zu vielseitigem

**Die Gestaltung der Preisfrage ist die Lohnfrage der nächsten Monate; sie ist aber auch ein Baustein des Reallohnes der späteren Zeit.**

**Bis zum 30. April sind die Löhne festgelegt. Was in den Preisen herabgeht, ist also in dieser Zeit Stärkung der Realkaufkraft des Lohnes.**

**Nach dem 30. April wird Wirtschaft und Arbeiterschaft vor neue Schwierigkeiten gestellt. Wenn wir die Schwächung der Kaufkraft unseres Arbeits- oder Arbeitsloseneinkommens auf das geringste Maß reduzieren können, stärken wir die nach dem 30. April notwendig werdende Aufbau- und Widerstandskraft.**

**Wer für gerechten Preisabbau kämpft, kämpft also in anderer Form für die Kaufkraft seines Lohnes.**

**Die Zeitentwicklung hat die Frauen in die vorderste Kampflinie gestellt. Begriffen? . . . Dann danach handeln!**

Zahlenmaterial aufwarten. Die Kontursstatistik der baugewerblichen Unternehmungen wird bei Ausschreibung derjenigen Fälle, die auf mangelhafte Leitung, unwirtschaftliche und teils betrügerische Manipulationen zurückzuführen sind, zu gegebener Zeit feststellen, daß die Mehrzahl der Zusammenbrüche auf die plötzliche Abdrosselung des Baumarcktes und damit die innere Aushungerung der Betriebe zurückzuführen ist. Von besonderem sozialen Interesse sind aber die amtlich ermittelten Arbeitslosenzahlen der Bauwirtschaft. Wir bringen die Zahlen über die Facharbeiter von 1927—1931; über die Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter

sind sie für die gleichen Zeiträume nicht immer rein ausgezogen.

Es waren arbeitslos

	im arbeitschwachen Januar	im arbeitsintensiven Juli	im November
	Facharbeiter	Facharbeiter	Facharbeiter
1927	250 863	15 739	131 564
1928	297 931	31 384	171 066
1929	501 466	51 575	227 299
1930	466 299	220 011	370 263
1931	558 058	346 538	518 718

Neben den Mauern und Zimmerern sind auch die Maler und Glaser mitgezählt. Die Durchschnittszahlen der Berufsgenossenschaften, die Zählungen der Gewerkschaften und andere Feststellungen erhärten nur dieses Bild. Vom Juli 1930, der Zeit des ausgesprochenen Umschwunges der Wohnungsbaupolitik der Reichsregierung, bis zum Juli 1931 stieg die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter um rund 200 000 und bis zum November 1931 um rund 430 000. Das sind Zahlen, die unsere Sprache wohl erklärlich machen.

Nun kann gewiß der tragische 13. Juli mit dem Zusammenbruch der deutschen Geldwirtschaft auch bei der Behandlung bauwirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen nicht übergangen werden. Aber auch hier kann an Hand der Zahlen die Behauptung gerechtfertigt werden, daß mehr als andere Berufe die Bauwirtschaft gelitten hat. Und dies eigenartige Verhalten unter Verhältnissen, wo eine zwangsweise Ablenkung von der seither stark betriebenen Ausführungswirtschaft erfolgte.

Museinanderfahrungen über die Notwendigkeit des Bauens gehen ebenso in das Gebiet des kulturellen wie des wirtschaftlichen Denkens. Einheitslichkeit wird hierüber nicht vollkommen erzielt werden können. Der öffentliche Bau hat sicher seine finanzpolitischen Grenzen. Ihn aber für längere Zeit zu drosseln, bedeutet die Entwicklung der Kultur gewaltsam zurückdrängen. Soweit der öffentliche Bau sich auf Straßen, Wasserwege, Kraftwerke usw. erstreckt, ist es eine Rechenfrage, wo bei seiner Drosselung letzten Endes der größere Schaden entsteht. Für die Notwendigkeit des Wohnungsbaues werden neben gesundheitlichen und kulturellen Gründen die Auswirkungen der 4. Notverordnung sprechen. Der Ansturm auf die Kleinwohnungen wird diese verteuern und heimlichen Abmachungen zugunsten kinderarmer Familien die Wege öffnen. Daneben werden Neubauten leerstehen und wertlos werden, weil der Mut zu einer Umschuldung auf wirtschaftlich tragbare Bedingungen nicht schnell genug gefunden wird. Am Ende wird das kommen, was bei etwas mehr Uebersticht auch heute bereits in Angriff genommen werden könnte. Nicht vergessen wollen wir unsere früheren Hinweise auf teilweise Belebung der Bauwirtschaft durch Verwendung der Reparaturanteile der Wohnungsmieten und der neben erhöhten Zinskosten verbleibenden Beträge aus der um 20 Prozent gesenkten Hauszinssteuer. Wir sind keine Freunde einer ewigen Zwangswirtschaft, aber die Uebergänge vom Zwang zur Freiheit müssen so gefunden werden, daß nicht große wirtschaftliche Nachteile entstehen. — Die im vorigen Jahre weggeschenkten Realsteuereisenkungen für den Mittelstand (Dietrichsche Schenkung), von denen man eine Ausfüllung des Sparkapitals erwartete, sind wirkungslos verfallen. Genau so kann es mit den gesenkten Hauszinssteueranteilen gehen. — In der Frage der Arbeitszeitverkürzung (40 - Stunden - Woche) hat die lawierende Art des Reichsarbeitsministeriums keine Hilfsmaßnahmen verhindert. Also nirgends Positives zur Wiedergutmachung der an der Bauwirtschaft vollzogenen Strangulierung. Wir mahnen jetzt schon im Januar, damit alle Kreise, die es angeht, voran aber die zuständigen Reichsbehörden, die ganz ungeheure Tragweite der bauwirtschaftlichen Dinge übersehen und sich auf Maßnahmen einstellen, die wenigstens zu Beginn der Frühjahrsaison die Bauwirtschaft wieder in das Verhältnis der Arbeitstätigkeit zu andern Berufen bringen.

# Die Baugewerkschaften im Jahre 1930

Das Sparen heute eine unbedingte Notwendigkeit ist, ist eine Binsenwahrheit, über die man nicht weiter zu reden braucht. Bei allen Sparmaßnahmen bleibt aber immer die Frage bestehen, ob nicht der angestrebte Schaden den erzielten Nutzen überwiegt. — Den Sparmaßnahmen der Regierung ist der bisher als Sonderheft des Reichsarbeitsblattes herausgegebene Jahresbericht über die Berufsgenossenschaften zum Opfer gefallen. Als Begründung gibt man an, daß der Interessentenkreis für die Jahresberichte so klein sei, daß ein großer gedruckter Bericht nicht verantwortet werden könne. Es mag sein, daß der Jahresbericht der Unfallberufsgenossenschaften keine große Auflage hatte, aber sicher ist doch, daß über die Berufsgenossenschaften selbst und die sonstigen Versicherungsbehörden hinaus nicht nur die Unternehmer, sondern auch die gesamte Arbeiterschaft an diesen Berichten das größte Interesse hätte. Publizität ist gerade für die sozialen Einrichtungen notwendig. Sie bietet durch die Möglichkeit der kritischen Stellungnahme die Voraussetzung für eine zweckmäßige Ausgestaltung. Für niemand mehr ist die Kritik wertvoller als für die Behörden selbst, die ohne sie Gefahr laufen, sich vom Leben zu entfernen und im Bürokratismus und Schematismus zu verfallen.

immerhin für zweifelhaft, ob in den nicht besichtigten Betrieben durchweg die Unfallverhütungsvorschriften befolgt wurden. Wünschenswert ist es jedenfalls, daß jährlich wenigstens einmal jeder Betrieb einer Besichtigung unterzogen wird. Es ist natürlich eine Frage für sich, ob das mit den vorhandenen Kräften möglich ist. Anerkannt muß werden, daß die Besichtigungsbedürftigen Betriebe unter verschärfter Kontrolle gestanden haben. Im Durchschnitt entfallen auf einen besichtigungsbedürftigen Betrieb drei Besichtigungen.

Die Aufstellung über die Bestrafungen für Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften und wegen Pflichtverhältnissen der Unternehmer bei Befolgung der Anordnungen der Aufsichtsbeamten zeigen ein sehr unterschiedliches Bild. In einzelnen Baugewerkschaften, vor allem in der Tiefbaugewerkschaft, scheint es bezüglich der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften geradezu vorbildlich zu sein, wogegen beispielsweise die Hannoverische, die Sächsische, die Rheinisch-Westfälische und die Bayerische Baugewerkschaften durch einen außerordentlichen hohen Stand der Bestrafungen und damit selbstverständlich auch der Verstöße hervortreten. Wir nehmen an, daß das Bild der Zahlen auch bei den mit geringen Bestrafungsziffern glänzenden

**Aufsichtstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten bei den Baugewerkschaften und der Tiefbaugewerkschaft 1930.**

Baugewerkschaften	Zahl der technischen Aufsichtsbeamten	Zahl der eingetragenen Betriebe	Zahl der besichtigungsbedürftigen eingetragenen und angemeldeten Eigenbetriebe	Zahl der versicherten Personen in den besichtigungsbedürftigen Betrieben	Zahl der Besichtigungen in den besichtigungsbedürftigen Betrieben	Zahl der auf den besichtigungsstellen besichtigten versicherten Personen	Zahl der auf 100 besichtigungsstellen entfallenden Besichtigungen	Auf 100 besichtigungsstellen entfallende Besichtigungen	Auf 100 in besichtigungsbedürftigen Betrieben entfallende Besichtigungen
Hamburgische Baug.-V.-G.	10	13 587	6 724	64 386	20 191	115 777	300	180	
Norddeutsche	20	24 634	12 317	177 559	32 121	266 452	261	150	
Sächs.-Vf.	7	7 532	5 604	64 487	13 127	87 419	234	136	
Hannoversche	10	20 448	8 911	94 117	22 798	70 683	256	75	
Magdeburgerische	6	7 180	4 242	46 508	7 412	54 599	175	117	
Sächsische	11	14 497	5 858	85 507	20 609	157 276	352	184	
Thüringische	5	6 245	2 675	29 538	6 013	32 063	225	108	
Bessen-Raff.	10	15 497	6 488	61 079	25 703	134 446	396	220	
Rhein.-Westf.	15	33 216	13 878	182 782	33 968	161 021	245	88	
Württemberg.	3	12 570	6 133	53 892	18 019	184 939	294	343	
Bayerische	18	18 655	10 624	87 300	33 918	149 343	319	171	
Schwäbische	8	9 938	3 107	27 788	28 219	94 651	910	340	
Tiefbaugewerkschaft	11	4 531	3 082	240 878	6 920	174 884	2280	726	
<b>Insgesamt</b>	<b>134</b>	<b>188 430</b>	<b>89 593</b>	<b>1 215 846</b>	<b>263 078</b>	<b>1 633 563</b>	<b>300</b>	<b>138</b>	

Der im Reichsarbeitsblatt Nr. 36/1931 veröffentlichte kurze Auszug kann den bisherigen Jahresbericht in keiner Weise ersetzen. Es fehlt zunächst zu den statistischen Tabellen jeder erläuternde Text, so daß eine Stellungnahme nur sehr bedingt möglich ist. Dann ist bedauerlicherweise gerade auf die Wiedergabe des wichtigsten Materials, nämlich der Unfallziffern, verzichtet worden. Die den Tabellen angelegte Vorbemerkung läßt auch darauf schließen, daß eine Veröffentlichung dieser Ziffern nicht geplant ist. Im folgenden geben wir einen Auszug für die Baugewerkschaften und die Tiefbaugewerkschaft aus der zahlenmäßigen Darstellung des Reichsarbeitsblattes über die Aufsichtstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten und über die Bestrafungen.

Trotz der abnehmenden Bautätigkeit ist 1930 die Zahl der eingetragenen Betriebe gegenüber 1929 noch um über 5000 gestiegen. Das besagt allerdings insofern nichts, als die Zahl der beschäftigten versicherten Personen leider nicht angegeben ist. Die Zahl der Besichtigungen zeigt, daß die Aufsichtsbeamten eine anerkanntswürdige Tätigkeit ausgeübt haben, im Durchschnitt entfallen auf den einzelnen Aufsichtsbeamten arbeitstätig sechs bis sieben Besichtigungen. Die Zahl der besichtigten Betriebe berücksichtigt jedoch keineswegs. Es bleiben mehr als die Hälfte der Betriebe unbefichtigt, und wir halten es Bestrafungen bei den Baugewerkschaften und der Tiefbaugewerkschaft 1930.

Baugewerkschaften	Besichtigungen der Aufsichtsberechtigten	Besichtigungen der Aufsichtsberechtigten	Besichtigungen der Aufsichtsberechtigten	Besichtigungen der Aufsichtsberechtigten
Hamburgische Baug.-V.-G.	20	10	11	1
Norddeutsche	20	10	11	1
Sächs.-Vf.	7	10	11	1
Hannoversche	10	10	11	1
Magdeburgerische	6	10	11	1
Sächsische	11	10	11	1
Thüringische	5	10	11	1
Bessen-Raff.	10	10	11	1
Rhein.-Westf.	15	10	11	1
Württemberg.	3	10	11	1
Bayerische	18	10	11	1
Schwäbische	8	10	11	1
Tiefbaugewerkschaft	11	10	11	1
<b>Insgesamt</b>	<b>134</b>	<b>213</b>	<b>221</b>	<b>221</b>

Genossenschaften den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Es wäre aber auch möglich, — ohne nähere Erläuterungen kann man ebenfalls zu diesem Schluß kommen, — daß bei einzelnen Baugewerkschaften die Handhabung der Aufsicht sehr milde gewesen ist. Die Zahl der Bestrafungen der Versicherten fällt gegenüber den Bestrafungen der Unternehmer und Unternehmerstellvertreter kaum ins Gewicht. Aber es zeigt doch, daß es immer wieder noch einzelne Bauarbeiter gibt, die den Unfallverhütungsvorschriften nicht das notwendige Verständnis entgegenbringen. Wie wir es als unsere Pflicht ansehen, in unseren Mitgliederkreisen auf die Wichtigkeit der Unfallverhütung immer wieder hinzuweisen, erwarten wir von den Berufsgenossenschaften wie von den Unternehmern, daß sie mehr noch als bisher den Unfallgefahren entgegenarbeiten. Dem Reichsversicherungsamt aber wären wir dankbar, wenn es wenigstens noch die Unfallstatistik aus den Jahresberichten der Berufsgenossenschaften veröffentlichen würde.

## Vollstaat, Arbeiterschaft und Gewerkschaften

Die derzeitige ungeheure Wirtschaftskrise hat es den Scharfmännern angehan. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln rennen sie gegen die Rechte der arbeitenden Stände und, soweit ihnen die Staatsform hierbei im Wege steht, auch gegen diese an. Mit einer zähen Verbissenheit, die ihresgleichen sucht, wird versucht, die Grundlagen der heutigen Staatsform zu erschüttern, um an deren Stelle den abstrakten Absolutismus zu setzen. Es scheint, daß auch innerhalb unseres Verbandes manche Kollegen den überaus großen Ernst dieser Situation nicht würdigen und glauben, daß die Verfassung sei alles und jedes für alle Ewigkeit geregelt. Daher sei es mir gestattet in kurzen Zügen auf die enorme Bedeutung dieses Dreiklammers der Worte Vollstaat, Arbeiterschaft und Gewerkschaften hinzuweisen.

Um was geht das gigantische Ringen unserer Tage? Nun die Groß- und Schwerindustrie und weitere Arbeitsekreise haben die Bedeutung des neuen Vollstaates für Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik erkannt. Man hat eingesehen, daß alle noch so großartig und raffiniert angelegten Strukturen und Maßnahmen gegen

die Rechte der Arbeiterschaft verpuffen, wenn man nicht die Macht im Staate hat. Weg mit dem Tarifrecht, fort mit dem staatlichen Schlichtungsweisen und hinweg mit der Sozialversicherung. Das war ein Teil der Lösung der sogenannten „Nationalen Opposition“. Mit aller brutalen Deutlichkeit sprachen doch die Wortführer der Reaktion dieses im Reichstage aus.

Wissen wir denn, was der Kampf um das Ziel der sozialen Reaktion für uns Arbeiter und Gewerkschaftler bedeutet? Fast ist man versucht zu glauben, daß ein großer Teil der positiv eingestellten Kollegen und Arbeiter dieses nicht weiß oder achtlos an diesen Dingen vorübergeht. Es geht in der Tat um unsere ganze seitherigen, mehr als 30jährigen sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Erfolge und Errungenschaften. Es geht um den Bestand der Sozialversicherung, die doch in überwiegendem Maße von der Arbeitnehmererschaft aufgebaut und zu den heutigen Leistungen gebracht wurde. Unsere Unfallverletzten und Veteranen der Arbeit sollen bei jeder finanziellen Unterstützung, kümmerlich zu Grunde gehen. Wissen wir, was das bedeutet, wenn wir bedenken, daß der Reichsdurchschnitt der Invalidenrente kaum 36 Mark beträgt und daß der Unfallrente ungefähr 52 Mark. Hier müssen sich katastrophale familiäre und wirtschaftliche Verhältnisse auswirken, wenn es dem Zielstreben dieser Kreise gelänge, auch nur eines dieser beiden wichtigen sozialen Gesetzgebungswerke zu zerschlagen. — Und in der Arbeitslosenversicherung soll das Versicherungsprinzip durchlöchert und der frühere Fürsorgecharakter wieder durchgeführt werden. Wissen wir, was das bedeutet, daß gerade wir Bauarbeiter, die mit uns wahrhaftig nicht über angenehme Behandlung in der Arbeitslosenversicherung beklagen konnten, am meisten betroffen würden? Sicher wäre, wenn „Führer“ wie die jetzigen vom Schläge Hugenbergs an die Regierung kämen, uns Bauarbeitern der Brotkorb in der Arbeitslosenversicherung bestimmt so leer gemacht würde, daß auch nicht ein Krümlein darin zu finden wäre. Auch in der Krankenversicherung würde man ein Regiment einsetzen, das dem Arbeiter das Leben im Versicherungsfalle zur Qual machte.

Und im Tarif- und Schlichtungsweisen würden wir erst die ganze Schwere der reaktionären Machtpolitik gar bald verspüren. Das ist es ja, was diesen Herrschaften die ganze kapitalistische Welt zum Halbe hinauffeigen läßt, daß sie mit den dreimal verhassten Gewerkschaftsführern sich an einen Tisch setzen müssen, um über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Man möchte doch gerne allein, selbstherrlich darüber befinden, welche Löhne gezahlt, wie lange die Arbeitszeit sein und wie das Arbeitsverhältnis geregelt im Betriebe gestaltet werden soll. Unsere Kollegen würden ja ihr blaues Wunder erleben, wenn die Herren Syndikati nach Herzenslust ihre „dienstlichen“ Anweisungen an die einzelnen Arbeitgeber ergehen lassen könnten. Wehe dem, der sich auch nur ansichelt und ein Wort über die gewerkschaftliche Organisation und deren Bedeutung auf der Baustelle verlauten ließe. Die „Schwarzen Listen“ würden das ihrige tun, um auch uns Bauarbeiter zu Hörigen der Groß- und Schwerindustrie zu machen. Daß jene Kreise auch zu Vorstößen gegen festliegende Tariflöhne drängen, haben die Unternehmerforderungen auf vorzeitigen Abbau der von ihnen selbst bis 2. März d. J. anerkannten Tariflöhne bewiesen. Die Notverordnung hat zunächst unabänderliche Tatsachen für beide Teile geschaffen. Aber nach dem 30. April besteht wieder „Vertragsfreiheit“. Wehe uns Bauarbeitern, wenn wir nicht auf dem Posten sind! Darauf müssen wir uns einrichten und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen.

Und wie liegen die Verhältnisse politisch? Ich spreche hier nicht von parteipolitischen Dingen und Zuständen. Denken wir doch nur einmal an das vorkriegszeitliche Dreiklassenwahlrecht. Es war ja herrlich für die damaligen Regierungskreise in Preußen. Dem Arbeiterstand gab man eine Sozialversicherung und damit mußte er sich zufriedengeben. Die großen politischen Fragen verhandelte ein von den Arbeiterstimmen unabhängiger Abgeordnetenkörper. Heute aber taten die Arbeitervertreter hier mit, und Arbeiter können auf Grund der Reichsverfassung in die höchsten Staatsstellen aufrücken. Sie können auch diesen reaktionären Kreisen Kosten und Opfer auferlegen, die unseres Erachtens noch ausgiebiger sein müßten. Und weil das Kriegsanfangsblase keinen praktischen Wert mehr besitzt, als höchstens unseren Kredit im Auslande zu schädigen, daher soll die Reichsverfassung und damit der neue Vollstaat gestürzt und der frühere feudale Obrigkeitsstaat wieder zur Herrschaft kommen. Merken wir, wohin die Reise gehen soll?

Die Arbeiterschaft ist im neuen Vollstaate ein gleichberechtigtes Mitglied der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung geworden. Alle Vorrechte wurden hinweggeräumt. Das Koalitionsrecht ist in der Gesetzgebung verankert. Der berühmte Paragraph 153 der Gewerbeordnung ist gefallen. In Artikel 165 der Verfassung sind die Gewerkschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und als berufene Vertreter der Arbeiterschaft zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt. In allen betrieblichen Fragen arbeitsrechtlicher Art sprechen die Gewerkschaften heute ein ernstes Wort mit. Der frühere Herr-im-Haus-Standpunkt wurde gebrochen. Der deutsche Vollstaat ist aber auch auf Geheiß und Verberb mit der Arbeiterschaft verbunden. In der

\*) Gewerkschaften im Reichstage gegen die Reichsversicherungsamt.  
 \*\*) Gewerkschaften mit Unterstützung der aus Wirtschaftskreis der Reichsversicherungsamt.

Erhaltung und dem sozialen Ausbau des heutigen Staatswesens sind die Arbeiter in ihrer Gesamtheit lebhaft interessiert. Es besteht kein Zweifel, daß die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit und Gleichberechtigung der deutschen Arbeiter mit dem Volksstaat steht und fällt. Gelingt es, auch weiterhin alle reaktionären Versuche zurückzuweisen, dann werden die Gewerkschaften, den Krisenzeiten zum Trost, die Arbeitermasse zur Standwerdung führen.

Josef Einig.

### Das Arbeitslosenelend in Zahlen

Das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht einen mit aufschlußreichem Zahlenmaterial ausgestatteten Artikel des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, über die finanzielle Bedeutung der Arbeitslosenhilfe im Deutschen Reich.

Die Gesamtzahl aller Arbeitslosen, wie sie von den Arbeitsämtern der Reichsanstalt ermittelt wurde, betrug im Durchschnitt der letzten zwölf Monate 4.409.378. Dabei ist nicht zu übersehen, daß zahlreiche Arbeitslose, die nicht auf Unterstützung angewiesen sind, sich bei der krisenhaften Lage des Arbeitsmarktes nicht bei den Arbeitsämtern zwecks Vermittlung von Arbeit melden. Ihre Zahl ist jedoch schwer zu schätzen und muß hier unberücksichtigt bleiben.

Rechnet man zu den 4.409 Millionen gezählten Arbeitslosen noch die Familienmitglieder der verheirateten Arbeitslosen hinzu, so ergibt sich, daß im Monatsdurchschnitt rund neun Millionen Menschen, also etwa ein Siebtel der deutschen Bevölkerung, unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Nach dem Stande von Ende November 1931 erhöht sich diese Zahl sogar auf zehn Millionen.

Von den 4.409 Millionen Arbeitslosen erhielten 0,664 Millionen (15,1 Prozent) keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, während 3,745 Millionen (84,9 Prozent) unterstützt wurden. Von den 3,745 Millionen unterstützten Arbeitslosen entfielen

auf die Arbeitslosenversicherung 1,752 Mill. (47 Proz.),  
auf die Krisenfürsorge 0,975 Mill. (26 Proz.),  
auf die Wohlfahrtspflege 1,018 Mill. (27 Proz.).

Die laufende Unterstützung von durchschnittlich 3,745 Millionen Arbeitslosen mit annähernd 4 Millionen Familienangehörigen bedingte ungewöhnlich hohe finanzielle Aufwendungen. Insgesamt sind im Deutschen Reich in den vergangenen 12 Monaten für die Arbeitslosen 3 Milliarden Mark aufgewendet worden.

Die tatsächlichen Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe betragen:

bei der Reichsanstalt	1436 Millionen Mark
beim Reich	801 Millionen Mark
bei den Gemeinden	736 Millionen Mark
<b>zusammen</b>	<b>2973 Millionen Mark</b>

Die Zahlen für die Reichsanstalt und das Reich zeigen die große Bedeutung der zentralen Ausgleichsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbezirken und politischen Gebieten oder die Bedeutung der Reichs-gefahrengemeinschaft in der Arbeitslosenhilfe.

Um diesen Lastenausgleich würdigen zu können, sei darauf hingewiesen, daß die Höhe der Reichssteuerüberweisungen an die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in etwa der gleichen Zeit (1. Oktober 1930 bis 30. September 1931) insgesamt 2,579 Mill. M. betrug.

Gerade in diesen Notzeiten ist eine solche Reichs-gefahrengemeinschaft eine unbedingte Notwendigkeit; ohne sie würden wahrscheinlich besonders gefährdete Gebiete, wie z. B. das Land Sachsen, völlig zum Erliegen kommen.

Der Verfasser macht im Anschluß hieran interessante statistische Mitteilungen über die Verteilung der Arbeitslosen auf die 13 Landesarbeitsämter, auf die Länder und preussischen Provinzen, sowie auf die wichtigsten Großstädte. So entfielen z. B. (einschließlich ihrer Familienangehörigen) auf 1000 Einwohner in Berlin 201 Arbeitslose, in Oberhausen 258 und in Duisburg 287 Arbeitslose.

### Die reichsgesetzliche Krankenversicherung im Jahre 1930

Es ist jetzt liegt ein amtlicher Bericht über die reichsgesetzliche Krankenversicherung im Jahre 1930 vor. Die einzelnen Zahlen haben daher nur noch einen gewissen Vergleichswert. Im Jahre 1930 waren insgesamt 7.183 reichsgesetzliche Krankenkassen tätig gegen 7.362 im Vorjahr; der weitaus größte Teil des Rückganges entfällt auf die Betriebskrankenkassen. Der Mitgliederbestand der Krankenkassen hat sich um rund 612.000 vermindert, während von 1928 auf 1929 ein Anwachsen um rund 294.000, von 1927 auf 1928 um rund 700.000 zu verzeichnen gewesen war. Der Rückgang ist fast ausschließlich auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Mitgliederbestand ist bei sämtlichen Kassenarten (mit Ausnahme bei der See-Krankenkasse) gesunken. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 20,3 Millionen Personen, einschließlich Ersatzkassen etwa 21,9 Millionen Personen, in der reichsgesetzlichen Krankenversicherung versichert. Wie die Erfahrungen der Nachkriegsjahre gezeigt haben wird die Krankenziffer durch einen — anhaltend — schlechten Beschäftigungsgrad herabgemindert. So war die Krankenziffer während des ganzen Jahres 1930 ungewöhnlich niedrig; der tiefste

### Am 16. Januar 1932 ist der dritte Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Stand wurde unter dem Einfluß der Notverordnung im September und Oktober mit 3,0 arbeitsunfähigen Kranken auf je 100 Versicherte erreicht. Im ganzen wurden von den reichsgesetzlichen Krankenkassen 8,7 Millionen (gegen 12,4 Millionen im Vorjahr) mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle und 236,4 (293,9) Millionen Krankheitsstage gezählt. Die durchschnittliche Krankheitsdauer ist von 23,7 auf 27,3 Tage gestiegen. Die einzelnen Fälle waren also im Durchschnitt schwerer als im Vorjahr.

Die Beitragseinnahmen sind je Mitglied von 98,23 RM. auf 91,49 RM. oder um 6,9 v. H. gesunken. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Zunahme der Kurzarbeit, auf den stärkeren Anteil der freiwillig Versicherten am Gesamtmitgliederbestand und schließlich auf die Beitragsheraufhebungen zurückzuführen. Im ganzen wurden an Beiträgen (einschließlich Zusatzbeiträgen für Familienhilfe) 1.861,3 Millionen RM. gegen 2.058,5 Millionen RM. im Vorjahr vereinnahmt, einschließlich Ersatzkassen 2.054 (2.241) Millionen RM.; die Beiträge sind also um 9,6 v. H. zurückgegangen. Die Gesamteinnahmen der reichsgesetzlichen Krankenkassen beliefen sich auf 1.922,0 Millionen RM. gegen 2.109,2 Millionen RM. im Vorjahr, einschließlich der Ersatzkassen auf etwa 2,1 (2,3) Milliarden RM.

Die Ausgaben der Krankenversicherung sind stärker als die Einnahmen gesunken, und zwar von 2.008,5 Millionen RM. auf 1.799,6 Millionen RM. (einschließlich Ersatzkassen von 2,19 auf 1,99 Milliarden RM.), oder um 11,4 v. H. Auf ein Mitglied entfielen 88,46 RM. gegen 95,84 RM. im Jahre 1929, d. h. 7,7 v. H. weniger. Die Aufwendungen für Krankenhilfe beliefen sich auf 1.523,8 Millionen RM. (12,4 v. H. weniger als 1929) und erreichten damit nur 84,7 v. H. (86,6 v. H.) der Gesamtausgaben. Auf ein Mitglied kamen im Durchschnitt 74,90 RM., d. h. 9,8 v. H. weniger als im Vorjahr. Von den Arztkosten, die insgesamt 393,1 Millionen RM. (im Vorjahr 410,8 Millionen RM.) betragen, entfielen 48,6 (45,5) Millionen RM. auf Sachleistungen und 35,0 (36,0) Millionen RM. auf Begegebühren.

Die Verwaltungskosten waren um 6,5 v. H. höher als im Jahre 1929. Diese Zunahme dürfte zum größten Teil auf die starke Beanspruchung der Kassenverwaltung infolge der gesetzlichen Umgestaltung der Krankenversicherung zurückzuführen sein. Die Verwaltungskosten betragen 7,7 v. H. der Gesamtausgaben gegen 6,5 v. H. im Vorjahr. Der Ueberschuß der Aktiven über die Passiven (einschl. Rücklagen) stellte sich Ende 1930 auf 925,8 Millionen RM. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr war demnach erheblich größer als 1929.

### Was kostet uns das öffentliche Bildungswesen?

Es gibt keinen vernünftigen Menschen, der nicht unserer heranwachsenden Jugend eine gute Ausbildung wünschte. Eine gute Ausbildung kann und muß aber auch mit verhältnismäßig geringen Summen vermittelt werden. Wir wollen nicht untersuchen, ob unsere Schulen immer und gerade in dem letzten Jahrzehnt eine gute Ausbildung vermittelt haben. Auch hier sind die Ausgaben für Gehälter und Pensionen von 720 Millionen RM. im Jahre 1913/14 auf 1837 Millionen RM. im Jahre 1928/29 gestiegen. Der „Deutsche“ (Nr. 205, 1931) brachte darüber folgende Einzelangaben. Es betragen die Gehalts- und Pensionsausgaben in Millionen RM.:

Bezeichnung	1913/14 in Mill. RM.	1928/29 in Mill. RM.
1. Allgemeine Schulverwaltung	13,5	47,6
2. Volks- und Fortbildungsschulen	405,8	1097,5
3. Mittlere und höhere Schulen	189,2	462,6
4. Fach- und sonstige Schulen	49,5	98,3
5. Hochschulen	36,5	113,9
6. Theater- und Konzertwesen	9,8	73,7
7. Sonstiges	14,0	41,9
8. Kirche	1,0	0,1

Die Ausgaben für Bildungs- und Schulwesen sind wohl am stärksten gestiegen. Mit Kopfschütteln stellt man die achtfache Steigerung für das Theater- und Konzertwesen fest. Die persönlichen Ausgaben für die Volksschulen liegen auf das 2,7fache. Die Steigerung ist eingetreten trotz eines starken Rückganges der Volksschüler. Die Entwicklung der Zahl der Volksschüler und der Lehrkräfte ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Jahr	Schülerzahl der Volksschulen	Anzahl der Lehrpersonen an den Volksschulen	Auf 1 Lehrkraft entfielen Volksschüler
1901	8 921 779	146 540	61,0
1906	9 737 262	166 597	58,4
1911	10 309 949	187 455	55,0
1922	8 894 486	195 916	45,4
1926/27	6 661 794	186 553	36,7

Diese Zahlen sind den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich entnommen. Die Zahl der Volksschüler war im Etatjahr 1926/27 um 3,6 Millionen geringer als im Jahre 1911, die Zahl der Lehrpersonen aber nur um 600 geringer. Nimmt man für 1913/14 die gleiche Kinderzahl an, wie sie für 1911 nachgewiesen wurde, und für 1928/29 die gleiche, wie sie für 1926/27 nachgewiesen wurde, dann ergibt sich folgender persönlicher Kostenaufwand für einen Volksschüler: Im Jahre 1913 99,36 RM., im Jahre 1928/29 164,74 RM. Das ist mehr als das Vierfache. Die Kosten für einen Gymnasialschüler stellten sich seither jährlich auf ungefähr 440,— RM., für jeden Besucher der Hochschule auf 1700,— RM. Besterer Beitrag wird insbesondere an den Technischen Hochschulen wesentlich überschritten. Die Umrechnung der persönlichen Ausgaben auf eine Lehrkraft bei der gleichen Annahme wie vorhin ergibt 2106 RM. im Jahre 1913 und 5873 RM. im Etatjahr 1928/29 auf eine Lehrkraft. In diesen Kopfbeiträgen sind die Ausgaben für pensionierte Lehrkräfte enthalten. Wenn wir schon an den unbedingt wichtigsten Sachen Sparpolitik üben müssen, dann sollte man hier gründliche Sparpolitik betreiben.

### Rundschau

#### Deutschland, auch heute noch das teuerste Land Europas

So erfreulich die Tatsache auch ist, daß allenthalben die Preise heruntergehen, so wenig darf uns das darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland auch jetzt noch das teuerste Land Europas ist. Aus der Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten wichtiger Länder vom dritten Quartal 1931 in „Wirtschaft und Statistik“ ergibt sich, daß in Deutschland die Preise für den notwendigen Bedarf gegenüber den anderen Ländern so übersteuert sind, daß auch durch die Preisentungen der letzten Wochen das heutige Preisniveau noch nicht dem internationalen angeglichen werden konnte. Während die Indexzahl (1913 = 100) für die gesamte Lebenshaltung in Deutschland im Oktober 1931 auf 133 stand, betrug sie in Norwegen 125, in England 120, in Italien 117, in Frankreich 115, in Oesterreich 108 und in der Tschechoslowakei 97. Der Index für Ernährung allein betrug im gleichen Monat in Deutschland 123, in Frankreich 116, in Italien 116, in der Tschechoslowakei 103, in Norwegen 102, in Oesterreich 111 und in Großbritannien 97. Im November ist der Ernährungsindex in Deutschland nur um 1,1 Punkte, in Frankreich dagegen um 3 Punkte weiter gefallen.

Wir sehen also, daß die Preise in Deutschland noch ganz radikal gesenkt werden müssen, wenn sie mit den übrigen europäischen Ländern Schritt halten wollen. Unsolide Praktiken in Erzeugung und Handelskreisen wollen wir keine Eisenbrücke bauen. Es kann aber nicht unerwähnt bleiben, daß die aus den Kriegsfolgen sich ergebenden Mehrkosten der deutschen Wirtschaft einen schematischen Vergleich mit den Auslandsvergleichszahlen nicht zulassen. Zu den Kriegsfolgen zählen wir allerdings auch die „weitherzige“ Handelsmoral. Sie auf ihren jodi. den Standpunkt der Vorkriegszeit zurückzuführen, ist auch eine Aufgabe der Konsumenten.

#### Rationalisierung der Arbeit

Die Wirkung der gegenwärtig so viel besprochenen Rationalisierung infolge der Dauer der Wirtschaftskrise wird in einer Reihe von Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes dargelegt. In den zergliederten Fällen ist der Arbeitsertrag durch berufliche Auswahl um 10 bis 40 v. H., durch eine neue Ausbildungsmethode der Arbeiter um 27 bis 200 v. H., durch die Rationalisierung der Bewegungen um 20 bis 700 v. H., durch die Arbeit am laufenden Band um 40 bis 250 v. H., durch Aufmunterungsprämien um 15 bis 300 v. H. und durch die Einführung von Erholungspausen während der Arbeit um 2,8 bis 33 v. H. erhöht worden. Wenn man im allgemeinen die Rationalisierung in Betracht zieht, so bemerkt man in Deutschland in der Zeit von 1925 bis 1928 eine Ertragssteigerung um 16 bis 100 v. H., je nach den Industrien, und in Oesterreich von 1924 bis 1927 eine solche von 27 bis 80 v. H. In den Vereinigten Staaten betrug die Erhöhung des Arbeitsertrages in sechs Jahren in den hauptsächlichsten nationalen Industrien, Landwirtschaft, Bergbau, Fabrikation und Eisenbahnen 26 v. H., während in Großbritannien von 1924 bis 1929 die Produktion in zehn Industrien um 11 v. H. gestiegen ist, bei einer Verminderung der Arbeiterzahl, in den Kohlenbergwerken um 8 v. H. Durch die Rationalisierung hat der Ertrag der Grubenarbeiten folgendermaßen zugenommen: In Deutschland von 1913 bis 1929 um 34 v. H., in den Niederlanden von 1925 bis 1928 um 24,5 v. H., in Belgien von 1913 bis 1929 um 16 v. H.

#### Der Reichsparlamentarier stellt fest . . .

In den Vorschlägen des Reichsparlamentarier zur Verwaltungsreform wird auf die Uneinheitlichkeit der Haushalte der Länder und damit auf die ungenügende Vergleichsmöglichkeit derselben zueinander hingewiesen. Durch die öffentliche Hand gingen 1913 29,7 Prozent des Volkseinkommens, 1928 mehr wie 53 Prozent. Der Finanzbedarf der Länder — ohne die Hanselstädte — betrug vor dem Kriege 1,7 Milliarden RM., 1928 etwa 4 Milliarden RM. Objektivweise muß hier zugesagt werden, daß die öffentlich-rechtlichen Aufgaben sich auch wesentlich verbreitert haben, wobei jedoch darauf verwiesen werden muß, daß aus früheren Bedürfnissen auch Behördenorganisationen hängengeblieben sind, die keine sachliche Berechtigung mehr haben. Des weiteren muß auch offen ausgesprochen werden, daß die geistige Bequemlichkeit des deutschen Volkes, sich in allem und jedem möglichst von oben herunter regieren, bemuttern und beraten zu lassen, wie überhaupt eine nur das Technische und nicht das Geistige lebende

Organisationsmut für jede Kleinigkeit eine Behörde braucht. — Die höchsten Personalausgaben hat das Land Mecklenburg-Schwerin, die hier 62 bis 69 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Die Aufrückung der Beamten in gehobene Stellungen kurz vor der Pensionierung, so dann aber auch die Verbeamtung von Posten, die keine staatliche Hoheitsstätigkeit ausüben, hat dazu geführt, daß heute die Pensionslast 25 bis 33 Prozent der Besoldungsausgaben der aktiven Beamten beträgt. Die heutige Umfanglichkeit des Beamtenapparates, die in manchen Gruppen bestehende Unangemessenheit des Einkommens zum allgemeinen Volkseinkommen, die großen Pensionslasten und hier insbesondere die hohen Pensionen über 12.000 RM. gefährden die an sich notwendige Institution des Berufsbeamtentums.

### Tarifnachrichten

#### Nordwestdeutschland.

Durch verschiedene Korrekturen und Neugliederungen sind die in Nummer 52/1931 der „Bauergewerkschaft“ bekanntgegebenen Löhne teilweise überholt. Wir geben sie deshalb für die wichtigsten Berufe nochmals wieder:

Lohngruppe	Ortsklasse							Ortsklasse	Ortsklasse	Ortsklasse
	A	B	C	D	E	F	G			
Maurer, Zimmerer, Feinmechaniker	103	104	96	93	82	77	71	105	104	90
Bauhilfsarbeiter	83	89	83	80	71	67	62	90	89	78
Lehrer	81	76	71	71	65	63	59	76	76	61

In der Lohngruppe A treten zu den Lohnsätzen für alle Berufsgruppen 3 Pf. Verkehrszulage hinzu.

#### Rheinland.

Nach wiederholten Verhandlungen und längerem Zögern hat der Schlichter nunmehr eine Lohnentscheidung gefällt.

Ortsklasse	Maurer		Tiefbauarbeiter		Ortsklasse	Maurer		Tiefbauarbeiter	
	ab	ab	ab	ab		ab	ab	ab	ab
I	1,13	1,09	0,75	0,72	VI	0,97	0,97	0,68	0,66
II	1,11	1,07	0,75	0,72	VIIa	0,93	0,93	0,66	0,64
III	1,09	1,05	0,72	0,71	VIIb	0,89	0,89	0,61	0,61
IV	1,06	1,03	0,71	0,69	VIIIa	0,84	0,84	0,61	0,61
IVa	1,04	1,03	0,70	0,68	VIIIb	0,73	0,73	0,57	0,57
V	1,02	1,01	0,69	0,67	IX	0,68	0,68	0,55	0,55

Die anderen Lohnsätze errechnen sich nach der bisherigen tariflichen Uebung.

Der Schlichterspruch bringt für die Ortsklassen I bis V Unternehmerrabatte der Lohnsätze vom 10. Januar 1927 bis teilweise 5 Pf.

#### Generierungsbau.

Nach ergebnislosen Auseinandersetzungen der Parteien und weiterem fruchtlosem Verhandlungsverlauf vor dem eingeleiteten Sonderlichter traf dieser die bindende Festsetzung: „An dem gegenwärtigen Lohnberechnungssystem des § 6 des RTB für feuerungstechnische Arbeiten wird nichts geändert.“ Damit bleibt das seit hergebrachte Errechnungsverfahren aus dem Maurerlohn der in Frage kommenden Städte bestehen. Die Lohnrechnung für den Generierungsbau erfolgt, wenn die Löhne dieser Städte endgültig feststehen. Der Arbeitgeberantrag auf Kürzung der Gehälter und Aufwandsentschädigungen fand keine Berücksichtigung.

#### Bauhilfsarbeiter.

In Rheinland war eine Einigung nicht möglich, weil die Unternehmerforderungen auf eine Unterbietung der Vertragsgrundlagen von 1927 hinausgehen.

#### Städterwerb.

Für das Gips- und Städtgewerbe in Württemberg hat der Schlichter die Löhne festgesetzt. Sie betragen:

Jahresklasse	Ia	Ib	I	II	III	IV
für Gips- und Städtarbeiter	133	130	112	103	90	82
für Hilfsarbeiter	92	90	82	75	66	60

Für jugendliche Gips- und Hilfsarbeiter und Lehrlinge gelten die entsprechenden Abschläge. Die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten beträgt für ledige Arbeiter in Ortsklasse Ia bis II 1,50, für Verheiratete 3.— RM, in den Ortsklassen III und IV für ledige Arbeiter 1.—, für Verheiratete 2,25 RM, pro Tag. Im übrigen gelten die alten Bestimmungen des Vertrages.

#### Strassenbau.

Für die Provinz Brandenburg sind durch den Schlichter die Löhne festgesetzt. Sie liegen für Steinleger zwischen 1,47 RM in Ortsklasse I und 1,12 RM in Klasse VI, für Hammer zwischen 1,33 und 0,96 RM für handige Arbeiter bei 90 Pf. bis 67,5 Pf. und für die übrigen Arbeiter bei 84 Pf. bis 63 Pf.

Für Groß-Berlin sind für die sogenannten Arbeitergruppen die Löhne auf 149 bzw. 134 bzw. 85 bzw. 79 Pf. festgesetzt.

### Aus dem Verbandleben

**Schluß der Generalversammlungen!**  
**Beachtung an den gewerkschaftlichen Kollegen!**  
**Rechnungs- oder sonstiger Angelegenheiten!**  
 Das fordert die Zeit von jedem Parteimitgliede.

**Schluß.** Am 2. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als erster Vorsitzender Kollege Koll, als Kassierer Kollege Roth und als Schriftführer Kollege Händler. Sodann sprach Kollege Gerbig. Ihm über die Wirtschaftslage und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Die sehr interessanten

Ausführungen wurden sehr lebhaft besprochen und mit kritischen Äußerungen nicht zurückgehalten. Des Weiteren gab Kollege Gerbig Auskunft über die Notverordnung vom 8. Dezember. Hierbei wurde sehr lebhaftes Interesse gezeigt und wurde es begrüßt, daß endlich einmal auch anderen Schichten Lasten mitaufgelegt wurden. Die Änderungen in der Sozialversicherung, besonders die Abschaffung aller 20prozentigen Renten wurde als eine außerordentliche Härte gegenüber der Arbeiterklasse, besonders der Bauarbeiterklasse empfunden. Einmütig klang der Wille zur weiteren Mitarbeit innerhalb der Organisation durch und wurde von der Organisation erhofft, daß dieselbe nach wie vor ihr Bestes zum Wohle der Arbeiterklasse tun möge. Mit einem warmen Appell des 1. Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Landsberg/Ostpr.** Um in dieser freudlosen Zeit unserer Kollegen mit ihren Familien und Angehörigen ein gemeinsames Erleben des Weihnachtsgedankens zu ermöglichen, veranstalteten wir am 2. Januar eine entsprechende Feier. Der zahlreiche Besuch bewies, daß dem Empfinden der Kollegen entgegengekommen war. Der geschmückte Saal und unsere Vereinsfahne gaben der Feier das entsprechende Gewand. Nach der Begrüßung durch unseren Vorsitzenden, Kollegen Reddig, kamen die Kinder mit Gedächtnis- und Gesängen zu Wort. Sie wurden von Knecht Ruprecht mit entsprechenden Geschenken bedacht. Die Freude der Kinder war selbstverständlich auch die unsere. Unser Bezirksleiter, Kollege Lieblich, besprach dann in tiefgründiger Weise die hohe Bedeutung des Weihnachtsgedankens und zog aus ihm den Schluß für die heutige schwere Zeit, in Eintracht zusammenzuleben und sich gegenseitig das Leben zu erleichtern. Die Ausführungen wurden lebhaft bedankt. Wir rechnen, daß auch diese Veranstaltung für die Verbundenheit innerhalb unserer Bewegung ihre unsichtbaren Fäden geschlagen hat.

**Schiffahrt in Bayern.** Wir versammelten am 3. Januar unsere Mitglieder zu einer schönen Weihnachtsfeier. Nach einleitenden Musikstücken begrüßte Vorsitzender Kollege Dengler die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen und zahlreiche Gäste aus der Gegend, den Standesvereinen und den Bruderverbänden. Sinnige Ansprachen der Gastvertreter zeigten uns deren Verbundenheit mit unsern Bestrebungen und gaben uns auch manche Anregung, immer die notwendige sittliche Idee einer christlichen Arbeiterbewegung auch im Kleinen zu beachten. Kollege Haring-Augsburg behandelte in seiner Festrede die Bedeutung des Weihnachtsfestes als Fest der Armen und verwies auf die traurigen Zustände im gottlosen Rußland. Der leuchtende Weihnachtsbaum im dunklen Saale, das traute Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ und die Bekehrung der Kinder brachten herzlich-warme Stimmung, die auch in den harten Winterwochen noch nachwirken wird. L. F.

**Büdingen.** Am 3. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre bedeutliche Generalversammlung ab. Trotz der langanhaltenden Arbeitslosigkeit waren doch 35 Prozent der Mitglieder anwesend. In dem Geschäftsbereich erwähnte Kollege Lurg, daß im verflochtenen Jahre die Bautätigkeit fast ganz darniederlag. Den meisten Kollegen war es überhaupt nicht möglich, irgendeine Beschäftigung zu finden. Heute haben wir 84 Prozent erwerbslose Mitglieder, davon ein großer Teil ohne jede Unterstützung. Der landwirtschaftliche Zwergeß ist auch hier voll in Anrechnung. Ein entsprechendes Bild zeigt der Kassenbericht des Kollegen Grießer. Die Gesamteinnahmen betragen aus 562 Beitragsmarken und 1239 Arbeitslosenmarken 934,75 Mark. Im Jahre 1930 hatten wir noch eine Einnahme von 1473,60 Mark zu verzeichnen. Durch den Lohnabbau nach der Notverordnung werden auch die Einnahmen des Verbandes geschmälert. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Franz Lurg, 2. Vorsitzender: Heinrich Jakob, Schriftführer: Christof Kilian, Kassierer: Heinrich Grießer, Revisoren: Heinrich Adrian, Kaspar Ohl.

Kollege Bell aus Mannheim dankte dem alten Vorstand für seine treue Mitarbeit und pünktliche Abrechnung und forderte den neuen bzw. wiedergewählten Vorstand auf, auch in Zukunft eifrig für den Verband zu wirken. Im September 1931 konnte wieder ein Kollege für 20jährige Mitgliedschaft geehrt werden (Franz Osenloch). In dem nun folgenden Vortrag schilderte Kollege Bell die gegenwärtige Lage und wies darauf hin, daß in den Notverordnungen auch Verbesserungen für die Bauarbeiter enthalten sind (Zulassung zur Krisenunterstützung, Wegfall der Sonderfürsorge ab 28. März 1932). Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und der Wunsch laut, auch im kommenden Jahre alles daranzusetzen, die Organisation weiter auszubauen. Für die jüngeren Kollegen sind Bauabende eingeführt, die sich reger Beteiligung erfreuen. Das Bühlein „Bauhoffe“ hat schon gute Dienste geleistet. Die Modelle und Zeichnungen sollen später ausgestellt werden.

#### S. G.

**Bielefeld.** Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Fischer, erläuterte den Jahresbericht. Die Arbeitslosigkeit und die besonderen schwierigen ökonomischen Verhältnisse haben uns ja schaffen gemacht. Trotz alledem ist der Mitgliederbestand gehalten. Moge das neue Jahr die Hoffnung auf einen neuen Aufstieg und Segen verwirklichen. Kollege Fuß gab an Hand der Kassenbücher den Kassenbericht, welcher einen Uebersicht aufweist. Kollege Kirchhoff berichtete über die stattgefundenen Kassenrevisionen und beantragte Entlastung des Kassierers. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In dem Vorstand wurden gewählt: Kollege Hermann Fischer als Vorsitzender, Kollege Fuß als Kassierer, Kollege Franz Kirchhoff als Schriftführer. Auch die Posten der Kassenprüfer und Kassendelegierten wurden besetzt. Bezirksleiter Kollege Werner referierte über

die Hemmungen in der Wirtschaft nach dem Kriege, der Inflation und in der Gegenwart. Zum Schluß forderte er das Zusammenstehen, das Festhalten an dem Erreichten, dann wird auch für uns eine bessere Zukunft kommen. F. R.

#### Gebührenentkung der Reichspost.

Die Reichspost hat mit Wirkung vom 15. Januar 1932 einen Teil der Postgebühren ermäßigt. Nachfolgend die Gebührenermäßigungen, die besonders wichtig für uns sind:

I. Briefe.			
a) Ortsverkehr:	bis 20 gr	über 20 bis 250 gr	über 250 bis 500 gr
	8 Pf.	15 Pf.	20 Pf.
b) Fernverkehr:	12 "	25 "	40 "
II. Postkarten.			
a) Ortsverkehr:	5 Pf.		
b) Fernverkehr:	6 "		
III. Pakete.			
1. Zone	2. Zone	3. Zone	4. Zone
5. Zone	ü. 75	ü. 150	ü. 375
	ü. 750 km	ü. 150 km	ü. 375 km
	RM.	RM.	RM.
bis 5 kg	0,30	0,40	0,60
ü. 5 bis 6 kg	0,35	0,50	0,80
" 6 " 7 "	0,40	0,60	1,—
" 7 " 8 "	0,45	0,70	1,20
" 8 " 9 "	0,50	0,80	1,40
" 9 " 10 "	0,55	0,90	1,60

Für schwere Pakete erkundige man sich bei der zuständigen Postanstalt.

Für Drucksachen, Zahlkarten und Postanweisungen ist eine Ermäßigung nicht eingetreten.

Was leistet der Verband für seine Mitglieder, wie gestalten sich seine Einnahmen und Ausgaben? Jeder Verbandskollege muß sich hierüber informieren. Tue das sofort und bestelle den Verbandsstatistikaleiter für das Jahr 1932. Er beantwortet dir vorstehende Fragen. Bestellungen nimmt die Abteilung 13 bei der Hauptgeschäftsstelle entgegen.

### Sterbetafel

Am 6. Dezember 1931 verstarb unser treues Mitglied der Maurer Josef Mischel im Alter von 55 Jahren. Verwaltungsstelle Breslau.

Am 24. Dezember 1931 starb infolge Grippe der Kollege Wilhelm Barg, Maurer, im Alter von 44 Jahren. Verwaltungsstelle Berlin.

Am 27. Dezember 1931 starb unser langjähriges, treues Mitglied der Maurer Bernard Wente aus Warendorf, im Alter von 63 Jahren. Verwaltungsstelle Warendorf.

Ehre ihrem Andenken!

Wega, Fab. t. Arbeitsanz. siml. Berufe. Spez. Blaue Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchr.-Anz. W. Fabr., Bln. N. 31 Brunnenstr. 78

#### Spezialfabrik für Berufskleidung

**LOUIS MOSBERG** Arbeitsgarderoben mit der Wasserwaage sind allen Grobe Lager in La Kellen, echte Teakholz-wasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben. Doch fordern Sie vor Auftragserteilung vollständig unsere Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten Versand ab Bielefeld, Louis Mosberg, Bielefeld 5, Breitestraße 44.

Möbel-Kamerling Berlin, Kastanienall. 56 Ecke Fehrbelliner Str. Spelsez., Schlitz., Herrenz. Küchen, Kassa 10% Rab., Teilzahlung

Kauft bei unseren Inferenten!

Roman Grealich Beitragsmarken BERLIN NO43 Gollnowstraße 1

**Vollständig Kostenlos** den neuen fertigen Druck-Reisig mit vielen überaus schönen Kunst-Objekten, wie z. B. Spielzeug, Kamelhaar-Schuhe, Woll- und Baumwoll-alle Größen 1,30, mit fester Kappe und Schlüssel 1,25. Die Spezial-Liste schreiben Sie gleich! Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München P12 m. b. H. Rosenstr. 11

### Bauarbeiterhosen

in allen Farben III Drahtleder, 12er Schuß mit Leder-taschen RM. 19.50, II Drahtleder, in allen Farben RM. 7.—, kräftige Englischleder-Hose RM. 5.50, Isländer, 2 Pfund schwer RM. 6.50 versendet nach Maß, bei Bestellung von RM. 20.— an porto- und spesenfrei ins Haus. Preisliste frei.

Spezialfabrik für Berufsbekleidung, Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Ritterstraße 2.

**Berufs- u. Sportbekleidung** Werkzeuge, Teakholz-Wasserwagen „Teakin“, Schlapphüte, Isländer, Orig. Berliner Stukkatouranzüge. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderfabrik. **Versandhaus Fritz Ulrich** Altona-Elbe 19 Oststr. 56-60